

Jugoslawien: Die Krise und die Kirchen

„Haltet Frieden untereinander“ – unter diesem biblischen Motto stand ein gemeinsames Hirtenwort der kroatischen katholischen und der serbisch-orthodoxen Bischöfe, das als Ergebnis des Treffens von Kardinal *Franjo Kuharić*, Erzbischof von Zagreb und Vorsitzender der Jugoslawischen Bischofskonferenz, mit dem serbisch-orthodoxen Patriarchen *Pavle* Anfang Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde. Die Hoffnung auf Frieden hat sich bekanntlich nicht erfüllt, im Gegenteil: Den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens vom 25. Juni folgten zunächst Gewaltaktionen der jugoslawischen Volksarmee gegen Slowenien, dann eine immer massivere Eskalation der schon länger schwelenden Kämpfe in den gemischt serbisch-kroatischen Gebieten Kroatiens, der „Krajina“ und Slawonien. In Jugoslawien findet *kein Religionskrieg* statt, aber die Kirchen, vor allem die katholische und die orthodoxe, sind in die Krise um das Ende des bisherigen Staatsgebildes durch ihre Verwurzelung in den Nationen bzw. Republiken involviert. Dementsprechend häuften sich auch seit der Verschärfung der Krise Ende Juni kirchliche Erklärungen und Stellungnahmen.

Kroatische und slowenische Kirche für die Unabhängigkeit

Zwei Tage nach den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens, als die Panzer der Volksarmee in Slowenien rollten, bezogen die in der kroatischen Hauptstadt Zagreb versammelten katholischen Bischöfe Jugoslawiens unmißverständlich Position. In ihrer Erklärung vom 27. Juni hieß es: „Die Bestreitung der verfassungsmäßigen Beschlüsse des kroatischen Parlaments und des Parlaments der Republik Slowenien im Namen des bisherigen Verfassungssystems

der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, geschehe sie durch die militärische Gewalt der Volksarmee oder durch private bewaffnete Gruppen, steht im Widerspruch zur Moral, zu den Menschenrechten und zum Recht der Völker auf Selbstbestimmung... Gewaltanwendung gegen den in gesetzmäßiger Weise erklärten Willen des Volkes kann unter keinem Vorwand hingenommen werden.“

Daß hier so klar zugunsten der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens Stellung bezogen wird, ist nicht verwunderlich. Sowohl Slowenen wie Kroaten sind zum allergrößten Teil katholisch; in beiden Republiken hat die katholische Kirche jeweils auch schon den Weg, der zur formellen Unabhängigkeitserklärung führte, grundsätzlich gutgeheißen und mitgetragen. Die *kroatischen* Bischöfe veröffentlichten im Februar dieses Jahres ein Schreiben an ihre Mitbrüder im Weltepiskopat, in dem sie ihrer Freude über die Demokratisierung in Kroatien zum Ausdruck brachten, die auch den Weg zur Verwirklichung der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker eröffnet habe. Die Kirche sehe angesichts ihrer schlechten geschichtlichen Erfahrung sowohl aus dem „ersten“ Jugoslawien (dem serbisch dominierten Königreich nach 1918) wie aus dem „zweiten“ (der durch Tito geschaffenen „Sozialistischen Föderativen Republik“) in dem „neuen politischen Rahmen der Vervollständigung der Völker eine Möglichkeit freieren Wirkens und des friedlicheren Zusammenlebens in einer pluralistischen Gesellschaft, einschließlich ökumenischer Beziehungen“. Gleichzeitig wurde von den kroatischen Bischöfen der zähe Widerstand gegen die demokratischen Veränderungen beklagt: „Dieser Widerstand wird durch das politische Programm der Machtzentrale zur Erhaltung des Sozialismus kommuni-

stischer Prägung sichtbar, damit Jugoslawien zentralistisch organisiert und die Vorherrschaft der serbischen Interessen nicht in Frage gestellt wird.“

Aus Anlaß der Unabhängigkeitserklärung des kroatischen Parlaments veröffentlichte Kardinal *Kuharić* eine Erklärung, in der es hieß, die Verkündigung der Unabhängigkeit sei von geschichtlicher Bedeutung für das kroatische Volk und alle Bürger der Republik Kroatien. Sie sei eine Folge der Demokratisierung, die in der zurückliegenden Zeit das ganze östliche Europa als Reaktion auf die Erfahrungen mit dem totalitären System erfaßt habe. Das kroatische Parlament sei aus demokratischen und freien Wahlen hervorgegangen; der Wille des kroatischen Volkes und aller Einwohner Kroatiens sei besonders im Referendum über die Unabhängigkeit zum Ausdruck gekommen. Der Zagreber Erzbischof rief alle Gläubigen zum Gebet dafür auf, „daß der allmächtige Gott die Gedanken und Gewissen der Verantwortlichen bei ihren Beschlüssen erleuchte, damit sie den wahrhaften Frieden erlangen, in dem alle kroatischen Bürger die Möglichkeit haben, ihre volle menschliche, glaubensmäßige und nationale Würde zu leben“ (*Vjesnik*, 27. 6. 91).

Hoffnungszeichen im katholisch-orthodoxen Verhältnis

In einem Gespräch mit „Kathpress“ (26. 6. 91) äußerte Kardinal *Kuharić*, die Kirche stelle sich hinter das demokratisch gewählte kroatische Parlament und hinter dessen Beschluß, den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Unabhängigkeit in die Tat umzusetzen. Die Kirche sei nicht dazu da, politische Entscheidungen zu treffen, doch sie respektiere die Entscheidung des Volkes und die Prinzipien der Freiheit, die jedem Volk das Recht gäben, seine Souveränität zu leben. Es müsse eine „neue Weise der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Republiken entstehen, die den Beziehungen von unabhängigen Staaten untereinander entspricht“.

Auch die katholischen Bischöfe *Sloveniens* (neben dem Erzbischof Ljubljana gehören zur slowenischen Kirchenprovinz die Diözesen Maribor und Koper) begrüßten die Unabhängigkeitserklärung ihrer Republik. Die katholische Kirche schloße sich der allgemeinen Freude der Bevölkerung Sloweniens und der Slowenen im Ausland darüber an, daß ihre Heimat ein „selbständiger, unabhängiger und souveräner Staat“ geworden sei. Damit seien „tausendjährige Erwartungen der slowenischen Nation“ erfüllt. Die Freude der Kirche sei um so größer, als sie stets die „religiösen, moralischen und kulturellen Aspirationen der slowenischen Nation“ unterstützt habe.

Die Bischöfe betonten in ihrer Erklärung, die Ausrufung der slowenischen Selbständigkeit sei gegen niemanden gerichtet: „Wir wünschen, mit anderen Nationen, besonders mit jenen, mit denen uns engere geschichtliche Bande verbinden, in Frieden, gegenseitiger Verständigung und wechselseitiger Achtung zu leben und mit ihnen zusammenzuarbeiten.“ Die katholische Kirche wolle auch in Zukunft ihre religiöse und moralische Botschaft verkünden, um damit zum moralischen und geistigen Leben der slowenischen Bürger beitragen zu können.

An der Spitze der slowenischen Kirchenprovinz steht der Laibacher Erzbischof *Alois Šuštar*, früher Bischofsvikar im schweizerischen Chur und langjähriger Sekretär des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen. Šuštar erklärte in einem Interview mit dem „Corriere della sera“ (7. 7. 91), man könne den Kurs Sloweniens nicht mehr umkehren: „Wir können nicht auf die Demokratie, auf die Freiheit, auf die Respektierung der humanen, religiösen, natürlichen und moralischen Rechte verzichten.“ Man werde alles tun, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Aber sollten die vom slowenischen Volk errungenen moralischen Werte in Frage gestellt werden, seien Opfer notwendig. In einem Gespräch mit der Grazer „Kleinen Zeitung“ nannte es Erzbischof *Šuštar* eine Hauptaufgabe der Kirchen in der

gegenwärtigen Krise, Faktor der Versöhnung zu sein. Sie müßten sich zum Anwalt der Verständigung machen und alles tun, um Feindseligkeiten abzubauen. Dabei verwies er auf eine von ihm gemeinsam mit dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle herausgegebene Erklärung.

Diese am 5. Juli veröffentlichte Erklärung rief Katholiken, Orthodoxe sowie alle Menschen guten Willens zum Frieden, zur Achtung der Freiheit, zur Gewaltlosigkeit und zur Geduld auf: „Wenn wir vergessen haben, daß wir als Kinder des einen himmlischen Vaters untereinander Brüder sind und wenn wir nicht als Brüder leben können, dann sollten wir uns wenigstens als Menschen richtig verhalten... Erlauben wir nicht, daß alles, was in uns menschlich und christlich ist, in Haß und Blut untergeht.“ Unter dem seit dem letzten Jahr amtierenden Patriarchen Pavle haben sich die ökumenischen Beziehungen zwischen katholischer und orthodoxer Kirche in Jugoslawien jedenfalls auf der Leitungsebene verbessert. Das zeigten nicht zuletzt die Vorschläge für mehr Zusammenarbeit zwischen den beiden Kirchen, die auf einem Symposium von „Pro Oriente“ in Wien Anfang Juni von Bischöfen beider Seiten formuliert wurden (vgl. HK, Juli 1991, 344). Ob solche Bemühungen angesichts der gegen-

wärtigen Krise eine reale Chance haben, ist allerdings recht unsicher.

Eckpunkte für eine Lösung

In der Erklärung der katholischen Bischöfe Jugoslawiens vom 27. Juni hieß es, die offenen Fragen bezüglich der Abstimmung der Restbestände der bisherigen Verfassungsordnung mit dem neuen demokratischen System müßten durch *Verhandlungen zwischen den Beteiligten* am bisherigen Gefüge, die alle die gleichen Rechte hätten, auf der Grundlage von wirklichen Argumenten und nicht nach dem Prinzip des Rechts des Stärkeren gelöst werden. Dies sei zugleich der Weg zur Suche nach einer gerechten Lösung der nationalen Fragen in den einzelnen Republiken und zur Findung von Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Völkern, die für alle notwendig und nützlich sei. Damit sind die unverzichtbaren Eckpunkte für eine Neuordnung der staatlichen und nationalen Fragen auf dem Gebiet des bisherigen Jugoslawien genannt. Es ist zu hoffen, daß ein umfassender Bürgerkrieg abgewendet wird und es zu einer zukunftsträchtigen Lösung kommt. Die Möglichkeiten der Kirchen sind dabei begrenzt, aber sie tragen eine besondere Verantwortung. U. R.

Religionsdialog und Verkündigung: römische Leitlinien

„Interreligiöser Dialog und Verkündigung finden sich zwar nicht auf derselben Ebene, sind aber doch beide authentische Elemente des kirchlichen Evangelisierungsauftrags. Sie sind beide rechtmäßig und notwendig. Sie sind eng aufeinander hingebordnet, aber nicht gegeneinander austauschbar: Wahrer interreligiöser Dialog setzt von seiten der Christen den Wunsch voraus, Jesus Christus besser bekannt und anerkannt zu machen und die Liebe zu ihm zu wecken; die Verkündigung Jesu Christi muß im

dialogischen Geist des Evangeliums erfolgen.“ Das sind die Kernsätze des Dokuments „Dialog und Verkündigung“ der Kongregation für die Glaubensverbreitung und des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, das am 20. Juni veröffentlicht wurde. Formeller Anlaß für das Dokument war das fünfundzwanzigjährige Jubiläum der Konzilerklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, die am 28. Oktober 1965 feierlich verkündet wurde. Jene kurze Erklärung bedeute-